



Liebe Landsleute!

Wir machen den Etablierten Dampf!

Die Bundesrepublik Deutschland leistet sich mit jährlich rund 8 Milliarden Euro an Beiträgen den teuersten Staatsfunk und die höchsten Gebühren der Welt. Wir Nationalen fordern schon lange eine wirkliche Umgestaltung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks: keine Erpressung der Gebührenzahler, sondern eine nachhaltige Entlastung. Die NPD-Fraktion sagt: Schluss mit dieser miesen Rundfunksteuer-Abzocke!

Wir halten eine umfassende Änderung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, insbesondere der Finanzierung und der Programmgestaltung, für unausweichlich und fordern die Landesregierung auf, die Ausbeutung der Bürger durch den Rundfunkbeitrag zu beenden und den ausufernden Rundfunkanstalten klare Grenzen zu setzen. Die Politik ist nicht nur gefordert, sondern in der Pflicht, diesen Umbruch zu bewerkstelligen.

Doch die Superdemokraten von Rot bis Schwarz wollen an dem System der Zwangssteuer festhalten, wodurch die Bürger weiter belastet werden, und lehnen das Vorhaben der NPD-Fraktion ab. Sie haben auch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu einem Selbstbedienungsladen umgestaltet, in dem „altgediente“ Parteikader untergebracht werden. Doch hierüber ist noch nicht das letzte Wort gesprochen: Wir machen den etablierten Politikversagern Dampf im Landtag! Die NPD-Fraktion bleibt dran!

Ihr Stefan Köster

Jahrgang 1973, verheiratet, ein Kind,
Mitglied des Landtages seit 2006,
seit 2003 Landesvorsitzender der NPD in
Mecklenburg-Vorpommern

Sprechen Sie mit uns! Anders als die etablierten Parteien nehmen wir Ihre Probleme ernst. Sie können uns persönlich sprechen und auch per Telefon oder E-Post kontaktieren.

BÜRGERTELEFON 0385-5251305



SCHREIBEN SIE UNS!

Ich interessiere mich für die Arbeit der NPD-Fraktion und bitte um Übersendung von Infomaterial.

Bitte nehmen Sie mich in Ihren Informationsverteiler auf.

Vi.S.d.P.: Herausgeber und verantwortlicher Redakteur Michael Grewe - Lennéstraße 1, 19053 Schwerin - E.i.S.



NPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern
Lennéstraße 1, 19053 Schwerin



0385 - 5251322



info@npd-fraktion-mv.de



0385 - 5251321



www.facebook.com/NPDFraktionMuP



www.npd-fraktion-mv.de



WIR FORDERN:

**SCHLUSS MIT DER
RUNDFUNKSTEUER-**

ABZOCKE!



www.npd-fraktion-mv.de

RUNDFUNKSTEUER ENDLICH ABSCHAFFEN!

„Der ‚Norddeutsche Rundfunk‘ (NDR) beschäftigt etwa 3.500 Mitarbeiter. Diese aufgeblähte Personalbestückung verschlingt jährlich über 300 Millionen Euro. Die Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen machen gar eine Rekordsumme von fast 1 Milliarde Euro aus. Und diese Zahlen stammen nur vom NDR. Eine Aufstellung aller staatlichen Rundfunksender würde eine weitaus höhere Kostenexplosion ausweisen. Angesichts dieser Zahlen kann man von einem Staatsfunk sprechen, der regelrecht in Geld schwimmt.“

Stefan Köster in der Plenardebatte zur Drucksache 6/3752



Die Medienwelt hat sich in den vergangenen Jahren grundlegend gewandelt. Deshalb ist ein Staatsrundfunk, der sich auch inhaltlich kaum von den Programmen der privaten Sender unterscheidet, nicht mehr zeitgemäß, sondern schlichtweg überflüssig. **Ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk, der seinem Anspruch gerecht werden will, muß unparteiisch und neutral sein. Darüber hinaus muß er die Bürger ausführlich und umfassend über die Geschehnisse informieren.**

Vor allem kommt den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Auftrag zu, die Zuschauer mit Informationen, Bildung und Kultur zu versorgen. Doch wann und wo kommt der öffentlich-rechtliche Rundfunk diesen Grundprinzipien tatsächlich noch nach? Wünsche der Bürger zum Programm, zum Beispiel für mehr Spielzeit für deutschsprachige Musik, werden ignoriert und konsequent abgelehnt.

„ARD ZDF Deutschlandradio Beitragsservice“ – so lautet der neue Name, der die in schlechten Ruf geratene GEZ im Jahr 2013 ersetzte.

Zuvor musste jeder, der einen Fernseher, ein Radio oder andere Geräte unterhielt, Rundfunkgebühren zahlen. Seit Januar 2013 ist die neue Abgabe für alle Haushalte fällig, und zwar für jeden, gleichgültig, ob er einen Fernseher,

ein Radio oder dergleichen besitzt. Der Widerstand gegen diese Zwangssteuer ist sehr groß.

Die NPD-Fraktion hat deshalb schon mehrfach die sofortige Beendigung der Abzocke durch die Rundfunkgebühren eingefordert! Und sie bleibt dieser Haltung konsequent treu.

Kurz vor dem Weihnachtsfest 2014 wurde ein Gutachten des „Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen“ aus dem Oktober 2014 bekannt, das eine sehr gute Rechtfertigung für die Abschaffung des im Volksmund als „Rundfunksteuer“ bezeichneten Rundfunkbeitrages bildet. 32 Professoren unterzogen das System des öffentlich-rechtlichen Rundfunks einer Prüfung. Und die Wissenschaftler kamen zu bemerkenswerten Erkenntnissen.

Sie stellten u. a. fest, dass aus ökonomischer Sicht die jetzigen Pflichtbeiträge eine Steuer sind, die einer Zweckbindung unterliegen.

Die Politik muss sich daher entscheiden:

- ▶ Entweder betrachtet man den öffentlich-rechtlichen Rundfunk als ein Allgemeingut für alle Bürger, dann ist eine Finanzierung über Steuern sachgerecht.

- ▶ Oder man trägt dem technologischen Fortschritt und der vorhandenen Medienwelt Rechnung und finanziert diese Programme durch nutzungsabhängige Gebühren.

Dieses würde natürlich dazu führen, dass man – zumindest in diesem Bereich – keine Versorgungspöstchen für altgediente Genossen mehr anbieten könnte.

Der Programmauftrag der Öffentlich-Rechtlichen mit ihren parteipolitisch ausgewählten Rundfunkräten gerät immer mehr zur Farce. Und gerade deswegen verkommt er zu einem Selbstbedienungsladen, in dem es mittlerweile zahlreiche Fälle von Betrug, Untreue, Mausehelei und Schleichwerbung gibt.

Mit den vorgeschlagenen Maßnahmen kann die Gebührenverschwendung sowie die allgemeine Schlechterstellung durch die unabhängige Haushaltsabgabe endlich beendet werden.

Die NPD-Fraktion fordert:

- ▶ Schluss mit der Abzocke bei den Rundfunkgebühren - 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag aufkündigen! - **Drucksache 6/1657**
- ▶ „Rundfunksteuer“ abschaffen - das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirates beim Bundesministerium für Finanzen zur Umgestaltung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nutzen! - **Drucksache 6/3752**
- ▶ Öffentlich-rechtlichen Rundfunk reformieren: NDR-Staatsvertrag kündigen - **Drucksache 6/1750**